

Gigant auf Schrumpfkurs

McKinsey-Studie: BRD-Wirtschaft fehlen Billionen. Verständlich: Privates Kapital scheut Pleitekandidaten

Von Klaus Fischer

Volkswagen zeigt: Wo nichts mehr zu holen ist, flieht das Kapital. Es hinterlässt Brachflächen und Menschen ohne Job. Bis zu 100.000 Stellen weltweit will der Konzern vernichten. Das wären doppelt so viele, wie ohnehin schon anvisiert. Den Werken in Hannover, Emden, Zwickau und Neckarsulm drohe die Schließung, hatte das *Manager-Magazin* vergangene Woche berichtet. Doch VW zeigt nur die Spitze des Eisbergs, der die globale Wirtschaftsmacht Germany zu versenken droht.

Zunächst fehlt Geld – bzw. die Bereitschaft, es in der BRD anzulegen. Mitte der Woche veröffentlichte die US-Beratungsfirma McKinsey eine Studie. In der wurden die zurückliegenden Nettoinvestitionen der 30 wichtigsten Industrienationen aufgelistet. Für Deutschland weist diese ein blamables Ergebnis aus. Mit 0,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), das laut IWF 2024 bei etwa 4.684 Milliarden US-Dollar lag, investiert der frühere »Exportweltmeister« deutlich weniger als die Konkurrenz und landet auf einem der hinteren Plätze.

Ganz anders die Spitze: Die Industriemacht China wendet der Studie zufolge jährlich 5.900 Milliarden US-Dollar (23 Prozent des BIP) für die Erneuerung und den Ausbau der Produktionsbasis auf. Auf Platz zwei flossen in den USA rund 5.100 Milliarden Dollar in die ökonomische Basis. Mit Abstand folgt das alte Europa (EU): In den 27 Mitgliedstaaten wurden etwa 3.100 Milliarden Dollar investiert.

Laut Studie baut Deutschland kaum noch zusätzliche Produktionskapazität auf. »Über den gesamten Projektlebenszyklus liegen die Kosten neuer Investitionsvorhaben in Deutschland je nach Branche rund 40 bis 250 Prozent über denen am jeweils wettbewerbsfähigsten Standort. Doch wer nicht investiert, kann später nichts ernten. Eine Binsenweisheit. Fragt sich, weshalb in der BRD relativ wenig Geld in produktive Investitionen fließt, warum sich private wie institutionelle Investoren zurückhalten. Klar ist: Es rentiert sich nicht.

Grund ist vor allem ein Staat, der sich mit Eifer auf einen wirtschaftspolitischen Irrweg begeben hat. Hauptsächlich haben drei Aspekte zum Verlust der ökonomischen Dynamik geführt: Erstens die Annahme, dass eine Transformation der energetischen Basis des Landes beispielgebend für den Rest der Welt sei; zweitens der eher dem Wunsch als der Wirklichkeit geschuldete Gedanke, wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen für 27 Staaten

zentral von einer Behörde in Brüssel bestimmen zu lassen; und drittens der Drang zur »Kriegstüchtigkeit« und der immer offeneren Beteiligung am Russland-Ukraine-Konflikt.

Die Folgen: Hohe Energiekosten und überbordende Vorschriften, die die Profitabilität der Konzerne zusehends belasten. Hinzu kommt ein gigantischer und also teurer Schuldenberg zwecks Ausdehnung des militärisch-industriellen Komplexes sowie die laufende Finanzierung der längst zahlungsunfähigen Ukraine. In summa führt das zum allmählichen Versiegen der Quellen gesellschaftlichen und persönlichen Reichtums.

Wo Kapitalismus draufsteht, muss nach dessen Gesetzmäßigkeiten gehandelt werden. Wer wirtschaftlich zum »großen Sprung« (F. Merz) ansetzt, ohne diese im Blick zu haben, wird nichts erreichen, als eine Vertiefung der Krise. Hohe Strompreise und eine teure Wirtschaftsregulierung durch EU-Kommissare mögen manchen Menschen auch des linken politischen Spektrums gerecht oder sinnvoll erscheinen. Aber sie erzeugen Armut, weil die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Wirtschaft auf den global verknüpften Waren- und Finanzmärkten schmälern.

McKinsey listet die Ergebnisse auf: Die Studie hat zehn Investitionsfälle (Kernkraft und Solar, Chemie, Stahl, Batterien, Halbleiter und Pharma bis zu Rechenzentren und Entwicklungsprojekten in Automobil und Biotech) untersucht und die Gesamtkosten inklusive der Kapitalkosten für neue Anlagen analysiert. Für Deutschland zeige sich ein durchgängiges Muster. Insgesamt sei die BRD im Konkurrenzkampf der Standorte »typischerweise« über 50 Prozent teurer.

Das Ergebnis führt das Beispiel VW vor. 100.000 Jobs verschwinden. Vier große Fabriken werden leer geräumt. Das betrifft auch Zulieferer, Dienstleister und bisher von der Kaufkraft der Beschäftigten abhängige Händler. Das soziale Gefüge erodiert. Und der Staat - verschuldet bis zur Halskrause - schraubt Steuern und Abgaben hoch, betreibt schamlos Sozialabbau.

Parallel dazu wird gelogen - oder aus Ahnungslosigkeit Unsinn verkündet, am Freitag seitens Vizeregierungschefin von Niedersachsen und VW-Aufsichtsrätin Julia Willie Hamburg: »Einfach nur Werke zu schließen wäre viel zu kurz gesprungen. Werksschließungen sind keine Zukunftsstrategie«, wurde sie von *dpa* zitiert. VW müsse »sich verändern«. Und weiter: »Transformation muss den Konzern nachhaltig wettbewerbsfähiger machen und an seine Stärken anknüpfen - nicht seine industrielle Substanz schwächen«, sagte die Grünen-Politikerin und drohte indirekt mit einem Veto des Landes. Das ist mit 20 Prozent der Stimmrechte Großaktionär bei VW. Die anderen beiden VW-Besitzer, der Porsche-Piëch-Clan und der Staat Katar, werden sich ihren Teil dazu denken.

<https://www.jungewelt.de/artikel/525415.wirtschaftlicher-irrweg-gigant-auf-schrumpfkurs.html>